

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

25.3.1925 (No. 71)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amann
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen (tägliches Kabett, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künftige Ausgaben sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beitreibung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Zur Reichspräsidentenwahl

Wenn sich jemand darüber wundere, daß das deutsche Volk sich bei dieser Reichspräsidentenwahl den Luxus von 7 Kandidaten leistet, so beweist er damit, daß er die Seele unseres Volkes wenig kennt. Kein verständiger Mensch hat angenommen, daß es schon beim ersten Wahlkampf möglich sein würde, die Wähler in der Form von zwei großen Schlachthäusern gegeneinander zu führen. Die Zahl von sieben ist allerdings etwas reichlich, zumal Kandidaten darunter sind, die ganz bestimmt nicht viel mehr als eine Million Stimmen bekommen werden.

Bei der Kandidatenaufstellung sind die meisten Parteien von der Annahme ausgegangen, daß es zu einem zweiten Wahlgang kommt, daß also im ersten Wahlgang kein Kandidat mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Wahrscheinlich wird diese Annahme zutreffen, obwohl Überraschungen nicht ausgeschlossen sind. Der Kandidat der Rechtsparteien, Herr Jarres, hat immerhin dadurch einen gewissen Vorsprung voraus, daß mehrere Parteien für ihn eintreten. Geseht den Fall, diese Parteien würden sich mit allen ihren Mitläufern sehr zahlreich an der Wahl beteiligen, und geseht weiter den Fall, die Wahlbeteiligung bei den übrigen Parteien wäre sehr flau, so könnte ein für Herrn Jarres günstiges Resultat herauskommen. Aber, wie gesagt, wahrscheinlich ist das nicht, zumal Ludendorff Herrn Jarres mit einer eigenen Kandidatur in die Quere gekommen ist, und auch die Bayerische Volkspartei ihre eigenen Wege geht.

Der offizielle Aufmarsch der Parteien ist folgender: die Sozialdemokraten werden den bisherigen preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun wählen, das Zentrum Herrn Marx, die Deutschdemokraten Herrn Hellpach, die Kommunisten Herrn Thälmann, die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund den bayerischen Ministerpräsidenten Herrn Held, die süddeutschen Anhänger der deutschvölkischen Bewegung Herrn Ludendorff, und die Rechtsparteien, also Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Landbund, Wirtschaftspartei und die norddeutschen Deutschvölkischen Herrn Jarres.

Die Hannoveraner wollen für Herrn Held stimmen, so daß also die Wirtschaftliche Vereinigung in zwei Teile auseinanderfällt, einen, der für Jarres, und einen anderen, der für Held eintritt. Ebenso gespalten sind die Deutschvölkischen: während der Norden für Herrn Jarres ist, hat der Süden Herrn Ludendorff auf den Schild erhoben. Selbstverständlich denkt Herr Ludendorff nicht daran, wirklich zum Reichspräsidenten gewählt zu werden. Wie es heißt, ist seine Kandidatur nur aufgestellt worden, um einmal Klarheit darüber zu schaffen, wieviel Anhänger er eigentlich noch hat. Daß seine Kandidatur große Verwirrung in die Reihen der Rechtsparteien hineinträgt und die Ansichten des Herrn Jarres nicht gerade verbessert, kann man sich denken.

Abgesehen von den Rechtsparteien haben alle anderen Parteien klar und eindeutig zur Kandidatenfrage Stellung genommen. Eine gemeinsame Kandidatur der republikanischen Parteien war nicht möglich, da die Sozialdemokraten als stärkste republikanische Partei nicht so ohne weiteres auf die Nominierung eines sozialdemokratischen Kandidaten verzichten wollten. Kommt es zum zweiten Wahlgang, so wird nur eine gemeinsame Kandidatur der republikanischen Parteien den Sieg der Rechtsparteien verhindern können.

Während also bei allen übrigen Parteien zumal über die politische Einstellung der Kandidaten selbst gar kein Zweifel besteht, liegen die Dinge in dieser Hinsicht bei den Rechtsparteien wesentlich anders. Das heißt für uns besteht auch über die politische Richtung des Herrn Jarres kein Zweifel, und ebenso wenig über die des Herrn Ludendorff. Aber die Rechtsparteien versuchen geflissentlich dadurch Herrn Jarres eine Sonderstellung zuzuwenden, daß sie ihn als überparteilichen Kandidaten, ja als den einzig wahrhaft nationalen Kandidaten anpreisen. Und dazu ist doch einiges zu sagen.

Der Versuch, einen ganz bestimmten Kandidaten als den Exponenten der nationalen Idee hinzustellen, ist eine Herausforderung der übrigen Parteien, die — abgesehen von den Kommunisten — mindestens ebenso national empfinden, wie die Herren auf der Rechten. Doch werden die Rechtsparteien ja wohl wissen, warum sie jenen Versuch für notwendig halten.

Ganz entscheidender Protest aber ist dagegen zu erheben, daß man die Kandidatur Jarres als eine überparteiliche Kandidatur bezeichnet. Es ist richtig, daß für Herrn Jarres auch eine Reihe von Verbänden eintritt, die nicht als

Parteien im engeren Sinne des Wortes zu gelten haben. Aber jedes Kind weiß, daß alle diese Verbände den Rechtsparteien nahesteht, und daß deren Mitglieder gleichzeitig meist auch Mitglieder entweder der Deutschnationalen oder der Deutschen Volkspartei oder des Landbundes oder der Deutschvölkischen sind. Andere Verbände, deren parteipolitische Zugehörigkeit zur Rechten nicht so einwandlos feststeht, haben ja denn auch ihre Unterschrift für Herrn Jarres bereits zurückgezogen.

Was würde man wohl dazu sagen, wenn etwa von den Sozialdemokraten, Kommunisten, Freien Gewerkschaften und sonstigen dem Sozialismus nahestehenden Verbänden ein Kandidat aufgestellt, und weil auch nicht parteipolitische Verbände für ihn eintreten, als überparteilich empfohlen würde? Man würde darüber lachen, genau so, wie man darüber lachen muß, wenn jetzt Herr Jarres von den Rechtsparteien und den rechts orientierten Verbänden als überparteilicher Kandidat proklamiert wird. Daß der sogenannte Reichsbürgerrat nur eine außerparteiliche Sammelstelle der Rechtsparteien ist, ist ja gleichfalls bekannt; man wird die Mitglieder dieses Reichsbürgerrates, die dem Zentrum oder den Deutschdemokraten angehören, wohl zählen können.

Wir haben uns bisher in den Wahlkampf als solchen nicht eingemischt und werden es auch nicht tun. Aber wir können im Interesse der Wahrheit verlangen, daß der Wahlkampf ehrlich geführt und die Verolten nicht gefälscht werden. Man mag zu Herrn Jarres stehen, wie man will: eines ist klar, daß er kein überparteilicher Kandidat ist, sondern der Kandidat der Rechtsparteien und aller rechtsgerichteten Verbände. Herr Jarres selbst hat denn auch in den vielfachen Reden, die er während des Wahlkampfes gehalten hat, aus dieser Tatsache nie ein Hehl gemacht. Genau so, wie er vor einem Jahr in Gießen erklärt hat, er diene zwar der Republik, sehe aber nicht auf ihrem Boden, genau so bekennt er sich auch heute ganz offen als Anhänger rechtsgerichteter Ideen und gibt unumwunden zu erkennen, daß er den republikanischen Staat mit dem Verstand lediglich tolerieren werde, da nun einmal aus staatsrechtlichen Gründen und auch aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit zurzeit nichts anderes zu machen ist.

Dann noch ein kurzes Wort zur Frage der Versackungspolitik. Herr Jarres, dessen Vaterlandsgesühl von uns genau so respektiert wird, wie das eines Braun, eines Held, eines Hellpach oder eines Marx, hat sicherlich Recht, wenn er sich gegen den Vorwurf wendet, er habe 1923 das Rheinland „preisgeben“ wollen. Seine Idee war die, durch vorübergehende Versackung des Rheinlands und durch Kündigung des Friedensvertrags weltpolitisch eine Situation herbeizuführen, die uns seiner Meinung nach dann wieder die Rückgabe des Rheinlands und die Befreiung von den drückendsten Bestimmungen des Vertrags beschert hätte. Es ist ein Glück für unser Volk gewesen, daß man diesen Weg des Herrn Jarres nicht beschritten hat. Der ganze Verlauf des Jahres 1924 und der bisherige Verlauf des Jahres 1925 haben gezeigt, daß lediglich die andere Methode, die im Gegensatz zu Herrn Jarres gewählt wurde, zum Ziele führen konnte. Jedenfalls wäre die Politik des Herrn Jarres vom Jahre 1923 das Verhängnisvollste gewesen, was Deutschland hätte passieren können. Das ist eine politische Tatsache, die sich jeder Diskussion entzieht.

Das Aufwertungsgeci

Die „Doff. Zig.“ meldet, daß der Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Aufwertung heute veröffentlicht werden dürfte. Über den Inhalt des Aufwertungsplanes weiß das „B. L.“ folgendes mitzuteilen:

An der Unterscheidung zwischen altem und neuem Besitz werde festgehalten. Der Besitz an Kriegsanleihe, der vor dem 1. Januar 1920 erworben worden ist, und dessen Erztung durch die Vermögenssteuererklärung vom 31. Dezember 1919 nachgewiesen wird, gelte schlechthin als alter Besitz. Ausnahmen würden nur bezüglich der mündelbaren Anlagen, Kirchengelder und Wohltätigkeitsfonds gemacht. Die generelle Aufwertung erfolge auf 5 Prozent. Die Aufwertung werde theoretisch auch auf den neuen Besitz vorgenommen; jedoch erfolge die Aufnahme des Zinsendienstes bei dem neuen Besitz erst nachdem sämtliche Reparationszahlungen geleistet worden sind. Für die Verzinsung des alten Besitzes werde eine jährliche Summe von 40 Millionen im Budget zur Verfügung gestellt werden. Die Höhe des Zinsfußes richte sich also nach der Höhe des alten Besitzes und neben der genannten für die Zinsleistung zur Verfügung zu stellenden Summe würden für die Sozialbedürftigen 2 Prozent des derzeitigen Nominalbetrages als jährliche Rentenzahlung ausgeworfen. Hierfür seien gleichfalls 40 Millionen in Aussicht genommen. Hieraus ergebe sich, daß die Reichsregierung den Betrag von Kriegsanleihe, der sich im Besitz von Sozialbedürftigen befindet, auf 2 Milliarden schätzt.

Eine Rede Marx' in Köln

Am Dienstag sprach in Köln vor geladenen Gästen des Rheinlands und Westfalens Reichskanzler a. D. Marx über die außen- und innenpolitische Bedeutung der Wahl des neuen Reichspräsidenten. Nur mit innerem Widerstreben trete er in der Öffentlichkeit für seine Kandidatur ein. Es ist unsere große Aufgabe, dem demokratischen Staat, den uns die Weimarer Verfassung gegeben hat, einen wahrhaften deutschen Inhalt und deutschen Geist zu geben. Wir stehen erst am Anfang des Weges zum wahren Volksstaate. Kein Volk hat je in der Geschichte vor einer so schweren Aufgabe gestanden, als das deutsche Volk, das gegen eine Welt von Feinden sich ein neues Haus bauen mußte. In schwarz-rot-gold erhob sich nach Deutschlands Zusammenbruch unsere Hoffnung auf Deutschlands Zukunft und auf Großdeutschland, in dem all die Millionen deutscher Brüder vereinigt werden sollen, die noch außerhalb unserer Grenzen wohnen. Von dieser Hoffnung lassen wir auch heute noch nicht.

In der daran anschließenden öffentlichen Versammlung führte Marx zu seinem politischen Programm weiter aus: Leider erkennen viele Kreise noch immer nicht für unsere Zukunft die entscheidende Bedeutung der Außenpolitik. Der Weg der Verständigung mit unseren früheren Gegnern muß fortgesetzt werden, ohne daß bei den Verhandlungen Ehre und Ansehen des deutschen Volkes aufs Spiel gesetzt wird. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, zu tun, als stände uns eine starke Militärmacht zur Seite. Politisches Handeln muß durch die klare Erkenntnis der gegebenen Tatsachen bestimmt werden. Im Völkerbund erblicke ich die Möglichkeit, eine Verständigung der Völker anzubahnen und herbeizuführen. Deutschland darf jedoch nicht unter demütigenden und seine eigene Sicherheit gefährdenden Bedingungen in den Völkerbund gezwungen werden. Viele durchaus national denkende Kreise glauben in der schwersten Zeit, die Rheinlande nur dadurch beim Reich erhalten zu können, daß man einen autonomen Rheinlandsstaat im Bereich des Deutschen Reiches bilde. Schon vom ersten Auftreten dieses Gedankens anfangs Dezember 1918 an habe ich ihn auf das entschiedenste bekämpft. Schon Ende Januar 1924 hatte ich die Bemerkung, daß die drohende Gefahr in der Hauptfrage als abgewendet betrachtet werden konnte. Marx wiederholte dann sein Verkenntnis zur Weimarer Verfassung, die die Rechtsgrundlage unseres staatlichen Lebens ist und setzte hinzu, wer die Verfassung oder die von ihr gegründete republikanische Staatsform gewaltsam zu ändern unternimmt, begeht Hochverrat. Marx schloß mit dem eindringlichen Appell zur Einigkeit des gesamten deutschen Volkes, die die beste Waffe ist, um unsere Rechte im Völkerleben zu wahren und dem deutschen Vaterlande den ihm gebührenden Platz im Leben der Nationen wiederzugeben.

Nach der Rede Marx in der öffentlichen Versammlung ergriff der Vorsitzende der rheinischen Zentrumsparlei, Justizrat Minnis, das Wort. Er erklärte, daß die Rheinische Zentrumsparlei zu keiner Zeit ein Staatengebilde außerhalb des Deutschen Reiches vorgeschlagen habe. Alle Parteiführer hier in der Rheinprovinz werden mit und meinen politischen Freunden beiseitigen müssen, daß solche Gedanken von maßgebenden Personen der Partei nicht geäußert worden sind.

Oberbürgermeister Adenauer behandelte im Anschluß an die Rede Marx' die von Dr. Jarres gegen das rheinische Zentrum und die rheinischen Demokraten erhobenen Angriffe, wobei er die von Jarres seinerzeit vertretene Theorie als eine Politik, wenn nicht der Versackung, so doch der gewaltsamen Auflösung bezeichnete. Er, Adenauer, habe sich gegen diese Politik bewahrt, da hierdurch das besetzte Gebiet vom Reich und von Preußen getrennt und zur französischen Kolonie werden würde. Weber der Abg. Haas noch Dr. Fall hätten Vorschläge zum Ausscheiden des Rheinlandes aus dem Reichsverbande gemacht. Adenauer setzte hinzu, er werde nur unter dem äußersten Zwange auf diese Angelegenheit zurückkommen. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung später einmal die ganzen Vorgänge der Geschichte übergeben wird. Dann werde man erfahren, daß die Vertreter der rheinischen Parteien das Reichskabinett beschworen haben, von der eingeschlagenen Politik abzugehen. Wäre sie durchgeführt worden, so würde man heute die Rheinlande nicht mehr im Reichsverbande finden. Dem Nachfolger Stresemanns, Marx, müsse man dankbar dafür sein, daß er die letzten Reste der Politik des früheren Kabinetts beseitigte.

Ebenso erließ der Führer der demokratischen Partei Kölns, Landtagsabgeordneter Fall, eine Erklärung gegen die Behauptungen Jarres' in seiner Hamburger Rede, daß im Herbst 1923 maßgebende Führer des rheinischen Zentrums und der rheinischen Demokratie als den einzigen Lösungsweg Verhandlungen mit dem Feinde vorgeschlagen hätten, bei denen die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reich preisgegeben und ein selbständiger Staat außerhalb des Reiches verfassungsmäßig zustande kommen sollte. Diese Äußerungen stellten, soweit die Demokratie in Betracht komme, eine unwahre Behauptung dar. Niemand würde die rheinische Demokratie solche Führer in ihren Reihen gebildet haben. Dr. Jarres werde nicht umhin können, zu erklären, von wem und wann und in welcher Form diese Äußerungen getan sein sollen.

Jarres in München

Der Kandidat der Rechten, Dr. Jarres, führte gestern in drei Massenversammlungen des Reichsblocks in München u. a. aus, daß die Abkehr von Bismarck der Beginn unseres nationalen Unglücks gewesen sei. Um die Reichseinheit nicht zu gefährden, sei es in der Zukunft nötig, den Ländern, insbesondere auch Bayern, die Möglichkeit zu geben, in größerer Freiheit ihr Eigenleben zu führen und die kulturelle Eigenart zu pflegen. In diesen Dingen fordere er eine Revision der Weimarer Verfassung. Wir seien bereit, die übernom-

menen Verpflichtungen nach dem Maße unserer wirtschaftlichen Kräfte einzuhalten unter der Voraussetzung, daß auch die Gegner sich an die von ihnen eingegangenen Verträge halten, und daß mit den übernommenen schweren Lasten die Wiedergewinnung der Freiheit und die Selbstbestimmung des deutschen Volkes verbürgt ist. Der Reichsbund wolle Friedenspolitik, aber nicht Erfüllungspolitik. Er achte die Verfassung, aber wende sich dagegen, daß man versuche, monarchistisch gefärbte Klassen des deutschen Volkes als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln. Es sei ein Verbrechen gewesen, daß man in Weimar voreilig und kurzfristig die Fahne schwarz-weiß rot preisgegeben habe, und seine Anhänger nähmen das Recht für sich in Anspruch, ungehindert die alten Farben ehren zu können.

Der Reichsbund der Rechten läßt durch seinen Vorsitzenden v. Ebbell offiziell mitteilen, daß die Gruppen, die sich für die Kandidatur Jarres vereinigt hätten, Dr. Jarres auch beim zweiten Wahlgang festzuhalten entschlossen seien. Die Aufstellung von Dr. Jarres für den ersten und zweiten Wahlgang sei in dem sogenannten Reichsbund einmütig erfolgt. Der Bund werde das Ergebnis des ersten Wahlganges spätestens am Dienstag nach der Wahl prüfen und dann sofort Dr. Jarres für den zweiten Wahlgang wieder proklamieren.

Jarres wird am Donnerstagabend auch in Karlsruhe in der Festhalle sprechen.

Ein ständiger handelspolitischer Ausschuss

Aus Berlin meldet B.Z.: Die Notwendigkeit, mit mehreren Staaten gleichzeitig Handelsvertragsverhandlungen zu führen, ließ es zweckmäßig erscheinen, eine besondere interministerielle Stelle für die Bearbeitung der Handelsverträge zu schaffen. Durch Beschluß der Reichsregierung wurde daher aus den Staatssekretären des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ein ständiger handelspolitischer Ausschuss beim Auswärtigen Amt gebildet. Dieser Ausschuss ist mit den Kompetenzen ausgestattet, die erforderlich sind, um ein schnelles reibungsloses Zusammenarbeiten der beteiligten Ministerien und der Handelsvertragsdelegationen zu gewährleisten. Er hat besondere Vollmachten für die Vorbereitung der Wirtschaftsverhandlungen für die Inkreterierung der deutschen Handelsvertragsdelegationen und für die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beteiligten Fachministerien erhalten und ist insbesondere beauftragt, die Einheitslichkeit der Verhandlungsführung bei verschiedenen, gleichzeitig verhandelnden Delegationen sicherzustellen. Die Staatssekretäre können durch die zuständigen Abteilungsdirektoren vertreten werden. Die Mitglieder des Ausschusses gelten als besondere Beauftragte ihrer Minister. Der Ausschuss erledigt seine Arbeiten nach der von der Reichsregierung genehmigten Geschäftsordnung. Der Ausschuss nahm seine Tätigkeit bereits auf.

Reichstag und preussischer Landtag. Die Tagesordnung für die nächsten Plenarsitzungen des Reichstages und des preussischen Landtages liegen jetzt vor. Beide Parlamente treten am nächsten Dienstag, dem 31. März, zusammen, der preussische Landtag um 2 Uhr und der Reichstag um 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung der Landtagsitzung steht an erster Stelle die Wahl des Ministerpräsidenten. Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung steht an erster Stelle der Gesetzentwurf über Änderungen in der Unfallversicherung, dann die Vorlage über den Lehrgang der Grundschule und die Anträge über die Not der stellenlosen Junglehrer.

Die Ausschreitungen der Besatzungstruppen. Dem Reichstag ist eine dritte Denkschrift über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet zugegangen, die im Januar 1925 abgeschlossen ist. Im Allgemeinen sind nur die wichtigsten Fälle aufgenommen worden. Die tatsächlich vorgekommene Zahl der Ausschreitungen ist erheblich größer. Als Beispiel sind in der Zeit vom 11. Jan. 1923 bis 1. Aug. 1924 durch Verhandlungen oder Maßnahmen der Besatzungstruppen insgesamt 740 Personen körperlich verletzt worden, davon 137 tödlich. Unter den 137 Getöteten war eine große Anzahl Familienväter und Ernährer von Familienangehörigen. Dabei kommt noch in Betracht, daß ein erheblicher Teil der Fälle überhaupt nicht zur Kenntnis der Behörden gelangte, weil Verletzte aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungstruppen oder aus Scham keine Anzeige erstatteten.

Die Beschränkungen der deutschen Luftschiffahrt. Wie B.Z. von unterrichteter Stelle erfährt, begeben sich in diesen Tagen Vertreter der beteiligten Reichsressorts nach Paris zu Besprechungen mit der Völkerverkehrskommission über die Frage der dem deutschen Luftfahrzeugbau durch das Londoner Ultimatum auferlegten Beschränkungen.

Badisches Landestheater

Maurer und Schloffer. (Reueinstudierte.)

Ich sah mich vor dem Gang zu der wiedereröffneten komischen Oper: „Maurer und Schloffer“ zunächst einmal verschiedene Porträts des Komponisten Dan. Fr. C. Huber an. Man schildert da ein, besonders in den späteren Jahren nicht unsympathisches Gesicht, einen feingliedrigen Kopf noch im hohen Alter mit feurigen Augen, die Lebenslust sprühen. Man schließt trotz der Altersfalten auf einen sehr beweglichen Geist, vermischt freilich bei der ganzen gepflegten Erscheinung das typisch künstlerische, den charakteristischen Musikantenhäkel. Auch Hubers Musik merkt man an, daß sie mehr aus eitlem Raine und Freude am Amüsement denn aus wirklicher innerer Berufung geschaffen wurde. Huber ward ja gerade der Meister der komischen Oper, weil er so elegant und liebenswürdig zugleich war. Im „Fra Diavolo“ stand er erst auf der Höhe der Situation. Die „Stimme von Portici“ war zwar kurz vorher auch ein großer Erfolg auf dem Gebiet der komischen Oper gewesen, aber doch nur etwas Einmaliges, das zudem die feine Erziehung der Comique absolut nicht verleugnete. „Maurer und Schloffer“, wieder einige Jahre früher geschrieben, ist der gelungenste Versuch, das Kleinbürgertum und Kleinhandwerk von der Bühne herab beliebt zu machen und also einem arg verspotteten Stand zu Hilfe zu kommen. Das gelang dem Komponisten so um 1825 in wirklich rührender Weise, demnach hat er später diesen spezifisch bürgerlichen Ton nie mehr angezogen. Er war schau genug, dies temporäre Gefühl nie wieder zu zittern; sonst hätten wohl sogar die Franzosen gemerkt, daß es eigentlich um die Ausdrucksweise des Klingslanges recht schlecht bestellt war und daß Huber dabei einer billigen Popularität zuliebe sein besseres geistesvolles Ich geopfert hatte.

Was bleibt bei diesem Zustand zu sagen übrig zur Wiederentnahme des seit 25 Jahren dem Spielplan verschwundenen Werkes? Nicht sonderlich viel jedenfalls. In der modernen Theaterkunst und im elektrischen Lichterlicht erst recht

Zur Sicherheitsfrage

Der englische Außenminister zu den deutschen Vorschlägen. Im englischen Unterhaus sprach am Dienstag der Außenminister Chamberlain zur Sicherheitsfrage. Was das Genfer Protokoll anlangt, so sei dies von England abgelehnt worden, weil es der eigenartigen Lage Englands als eines weitverstreuten Weltreiches, das hauptsächlich auf die Seemacht aufgebaut sei, nicht genügend Rechnung trage. Das Protokoll sei für Mächte mit starken Landheeren geschaffen worden, die in erster Linie um die Sicherung von Landgrenzen besorgt seien. Die marinetchnischen Berater der englischen Regierung hätten erklärt, daß England die Verpflichtungen, die das Protokoll auferlege, nur werde erfüllen können, wenn es seine Streitkräfte über den bisherigen Rahmen hinaus vergrößere. Das Protokoll sei eine zu starke Belastung des Völkerbundes. Das ernsthafteste Bedenken gegen das Genfer Protokoll bestehe aber darin, daß es von den kontinentalen Mächten, denen es Sicherheit verleihen sollte, nicht als eine vollständige und ausreichende Sicherheit betrachtet würde, sondern daß diese in der Annahme des Protokolls seiens aller Großmächte noch keinen Anlaß zu weitgehenden Abrüstungen erblicken würden. In Betracht komme u. a., daß die Artikel 42-44 des Versailler Vertrages vorsehen, daß jede Verletzung der Bestimmungen über die Demilitarisierung des linken Rheinufers als eine feindselige Handlung gegen alle Alliierten zu bewerten sei.

Die Verquickung Englands in die Anwendung dieser Artikel des Friedensvertrages bilde eine weitere Verbindung Englands mit den Verbündeten am Rhein. England habe in seiner langen Geschichte stets diejenige kontinentale Macht bekämpft, die befreit gewesen sei, mit militärischen Mitteln eine Vormachtstellung auf dem Kontinent einzunehmen und sich in den Besitz der England gegenüber liegenden Küste am Kanal zu setzen.

Chamberlain erörterte dann eingehend die deutschen Vorschläge. Ihre Grundlinien lassen sich etwa folgendermaßen verdeutlichen: Deutschland ist interessiert an dem Abschluß eines Sonderpaktes, der die Grundlage für eine friedliche Verständigung mit Frankreich bilden soll. Zu diesem Zweck ist Deutschland bereit, mit den Mächten, die an der Rheinfrage interessiert sind, einen Gegenseitigkeitspakt abzuschließen. Ähnliche Sicherheitsverträge können mit den übrigen Staaten abgeschlossen werden, die gemeinsame Grenzen mit Deutschland haben, sofern diese Staaten einen solchen Vertrag wünschen. Ferner würde ein Vertrag, der ausdrücklich den Territorialbestand am Rhein garantiert, Deutschland annehmbar erscheinen. Ich denke, das Haus wird mit der Regierung darin übereinstimmen, daß es ein Zeichen des Fortschritts bedeutet, wenn eine solche Anregung von deutscher Seite an uns gerichtet wird (Beifall). Diese Anregungen zielen, wenn ich sie recht verfolge, auf den Gedanken ab, daß Deutschland bereit ist, freiwillig das zu garantieren, was es bisher unter dem Zwange des Versailler Vertrages angenommen hat, nämlich den Status quo im Westen. Deutschland mag nicht willens und nicht fähig sein, denselben Vertrag auf alle seine Ansprüche auszuweiten und darauf zu verzichten, daß eines Tages auf dem Wege eines freundlichen Einverständnisses und gegenseitiger Verständigung eine Veränderung seiner Ostgrenzen erfolgen möge, worauf es mit Bezug auf den Westen Verzicht leistet.

Chamberlain schloß: „Wenn es uns nicht gelingt, aus der Atmosphäre von Argwohn und Furcht herauszukommen, so wird Europa schließlich einem neuen Kriege preisgegeben werden. Großbritannien hat infolge des Raubens und der Unbeständigkeit seiner Politik etwas von seinem Einfluß verloren. Aber die deutschen Vorschläge bieten dem britischen Reich eine neue Chance. Denn dieses Reich, das durch seine Dominions von Europa getrennt und doch durch diese Inseln an Europa angelehnt ist, kann etwas tun, was keine andere Nation der Welt tun kann: Wenn das britische Reich sagt, es soll kein Krieg sein, so wird es keinen Krieg geben!“

Der polnische Außenminister zur Lage

Der polnische Außenminister Skrzyński erörterte vor dem Auswärtigen Ausschuss des polnischen Landtages die internationale Lage. Das Projekt des Garantiepaktes garantierte die Unverletzlichkeit der Westgrenzen. Was die deutschen Ostgrenzen anlangt, so beschränkte es sich auf die Möglichkeit einer friedlichen Änderung. Wir Polen können aber unter keinen Bedingungen eine Diskussion über die Revision unserer Landesgrenzen zulassen. Er, der Minister, habe sich in Paris überzeugt, daß die Stellungnahme der französischen Regierung eine klare und deutliche sei. Ebenso habe ihm Chamberlain versichert, daß die englische Regierung keinerlei Revisionspläne aufkommen lassen würde. Die konservative englische Regierung wisse, daß jede Diskussion über die Grenzen des Krieges heraufbeschwören müsse. Polen glaube an die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Organisation des Friedens. Wenn aber Großbritanniens mit anderen Vorschlägen oder Plänen hervortreten sollte, die, wenn auch in anderer Form, ebenso zur Sicherung des Friedens beitragen, so sei Polen gleich wie Frankreich und die anderen Staaten bereit, alle diese Vorschläge zu prüfen.

nichts. Wir können nach hundert Jahren die Wärme, mit der das Werk einstens an der Opéra comique zu Paris aufgenommen wurde, weder begreifen noch nachfühlen. Wir wissen heute vor allem aber, daß es viele deutsche Komponisten gibt, die im gleichen Genre nicht nur vermittelnde volkstümliche Opern geschrieben haben, und daß sie, wenn es denn schon auf das „Gebühl“ ankommen soll, in ihren melodischen Ausdrücken weit gefühlvoller waren als dieser Huber in seinen konventionellen Proben. Im Gesamteindruck denkt man etwa an das Janitscharenorchester der „Entführung“ und hört doch nur Kaiser Salomonstil, man erwartet überhaupt ein lustiges Buffo-stück und bekommt die langweilige Geschichte der Einmauerung eines Biedesparses vorgelegt, das uns menschlich noch weniger interessiert wie der Maurer und der Schloffer, die gegen ihren Willen diese Strafe vollziehen sollen. Die Musik liefert dazu den typischen Bestand an eleganten, melodischen und harmonisch fauberen Material, wie es vor hundert Jahren Mode war, aber die Nachkommen nun doch (gottlob) zu ärgern beginnt.

Welleicht hätte eine reizvollere Aufführung die Reueinstudierung doch noch einigermaßen rechtfertigen können, eine Wiedergabe etwa im kleinsten möglichen Forum ohne den offensiveren Widerspruch zum großen Raum, in dem jede plauderhafte Behaglichkeit verloren ging. Beim schnell gesprochenen und reichlich pointierten Dialog zumindest, vermüht aber auch bei der Musik, deren Art ebenfalls nicht von einem Großopernhauskomponisten stammt. Wilhelm Schwenke sah sich also einer Aufgabe gegenübergestellt, die in unserem Haus nur teilweise zu lösen und deshalb sehr riskant war. Er schätzte das Ganze trotzdem mit sicherem Verständnis und kritischem Schwung, wennschon unter Verzicht auf letzte Grazie. Durch geistreichen Aufwand und beinahe ritterliche Haltung rettete von den Solisten in erster Linie Albert Peters an seinem Maurer Mager, was zu retten war. Zusammen mit dem Schloffer Baptiste, den Fris Oando, schlagfertig in letzter Stunde übernommen hatte, ist damit auch schon das noch lebensfähige Personal erschöpft. Alle übrigen Figuren sind mehr oder minder unpersonliche Persönlichkeitchen, um die sich Oeta Stecher, Zenta Jochisch, Marie Josef-Tomskil, Wilhelm

Politische Neuigkeiten

Die Regierungsbildung in Hessen

Der hessische Landtag hat am Dienstag den bisherigen Staatspräsidenten Ulrich mit 89 gegen 24 Stimmen wiedergewählt. Ulrich nahm die Wahl an und berief sodann die seitberichtigten Minister v. Brentano (3) für Inneres und Stellvertretung des Staatspräsidenten, Heinrich (D.) für Finanzen und Raab (C) für Arbeit und Wirtschaft. Bis zur Besetzung des Justizministeriums nimmt Ministerialdirektor Schwarz an den Kabinettsitzungen mit beratender Stimme teil.

Für die Parteien der Rechten verlas Abgeordneter Dingeldey eine Erklärung der Mitgliedervereinigung des Hessischen Bauernbundes, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei zur Regierungsbildung in Hessen, in der es heißt: Die Tatsache, daß aufs Neue eine Regierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, also die alte Weimarer Koalition, zur Regierungsbildung sei, müsse die hessische Politik auch weiter verhängnisvoll beeinflussen. Die drei Mitgliedervereinigungen werden deshalb mit allen verfassungsmäßigen Mitteln die baldige Auflösung des Landtages und die Durchführung von Neuwahlen betreiben. Sie verweigern der Regierung das Vertrauen und sagen ihr in sachlicher aber entschlossener Opposition entschiedenen parlamentarischen Kampf an. Der Kommunist Galm gab eine ähnliche Erklärung gegen die Regierung ab.

Die Regierungsparteien bezichtigten aufs Wort. Danach sprach das Haus mit den Stimmen der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten der Regierung das von der Verfassung vorgeschriebene Vertrauen aus.

In der französischen Kammer

Am Dienstag nachmittag die Besprechung für die in Elsass Lothringen vorgesehene Verwaltungsreform fortgesetzt. Der sozialistische Abgeordnete Walter beschloß sich in der Hauptsache mit religiösen Fragen und schloß der Regierung herüber eine Volksabstimmung vor. Ein Teil der Bevölkerung werde so gar, daß alle Abgeordneten und Senatoren demissionierten, damit die Wähler sich aufs neue ausprechen könnten. Die Angriffe des Ministerpräsidenten könnten die Verdienste des patriotischen Hofes von Straßburg nicht verringern. Die Elsassler beurteilen Frankreich nicht nach seiner jetzigen Regierung. Das Elsass habe den abholsten Willen, der antirepublikanischen Politik des Ministeriums Herriot den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Walter macht Herriot den Vorwurf, daß er das den Abgeordneten und Senatoren von Elsass Lothringen gegebene Versprechen, nichts an dem bestehenden Regime zu ändern, nicht gehalten habe.

Am Schluß der Sitzung hielt der kommunistische Abgeordnete Über eine Rede in deutscher Sprache. Er erklärte, seine Freunde könnten weder die Laien- noch die Religions-schule annehmen, da sie in beiden Formen die bürgerliche Schule erblickten. Trotzdem seien sie der Ansicht, daß im Augenblick, in dem die Geisteskräfte soziale Agitation trieben, es ihnen nicht unangenehm sei, daß die Laienschule geschickt werde. Die Kommunisten forderten die Aufrechterhaltung der deutschen Sprache neben der französischen Sprache als offizielle Sprache. Er forderte, daß die eifässischen Soldaten im Regimente eingestellt würden, die nur aus Eifässern zusammengefaßt und von eifässischen Offizieren befehligt würden, daß die Beamten im Elsass neben der französischen auch die deutsche Sprache beherrschen müßten.

Deutsche Lehrerversammlung in Hamburg. Anfangs Juni findet eine allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Hamburg statt. Es wird mit dem Besuch von 15 000 Lehrern aus dem ganzen Reich gerechnet.

Die Preishebung für Zeitkarten. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sieht sich — wie sie mitteilt — genötigt, die ihr erwachsenden Mehrausgaben infolge der Erhöhung der Löhne, durch Erhöhung in gewissen Ausmaßen begünstigten Verkehrsarten zu decken. Mit Rücksicht auf die Wirtschaft ist von einer Erhöhung der im Verkehr der Arbeiter zwischen Wohn- und Arbeitsort dienenden Wochenkarten Abstand genommen worden. Dagegen sollen die Preise der Monatskarten im Fernverkehr in Zukunft nach 25 Einzelfahrten stufenförmig fallend um 18 Prozent erhöht werden. Die jetzigen Wochenkarten 4. Klasse werden, um den Arbeitern die Sondervergünstigung zu erhalten, in Arbeiterwochenarten und solche Wochenarten verlegt werden, die jedermann zugänglich sind (Zellmonatsarten). Erstere erfahren für die mit mechanischen Handarbeiten beschäftigten Arbeiter, ebenso die Kurzarbeiterwochenarten keine Erhöhung. Dagegen sollen die Zellmonatsarten nach sieben Einzelfahrten stufenförmig wie bei Monatskarten berechnet werden. Den Arbeiterrückfahrkarten wird wie früher der Preis einer einfachen Fahrkarte 4. Klasse zugrunde gelegt werden, so daß die Ermäßigung 50 Proz. beträgt.

Kentwig und Dr. G. Wucherpfennig redlich Mühe geben. Auch Lotte Benzel und Christian Lander wären noch zu erwähnen in Kleinsten Reberrollen. Die Regie Hans Biffards hielt sich so sehr an das Opernmäßige. Es gab einen achtbaren Befall, doch sind der Reueinstudierung knapp drei oder vier Wiederholungen zu prophezeien. S. Sch.

Sühnensverein und Musikerverband

In badischen Zeitungen ist in der letzten Zeit wiederholt Zuschriften Raum gewährt worden, die versuchen, für die vom Musikerverband gegen die deutschen Bühnenschauspieler eingeleiteten Kampfmaßnahmen den Deutschen Bühnenschauspieler verantwortlich zu machen. Zur Richtigerstellung dieser nachstehender Hinweis, der uns von zuständiger Stelle übermitteln wird:

Das endgültige Scheitern der Tarifverhandlungen zwischen Deutschem Bühnenschauspieler und Deutschem Musikerverband ist lediglich darauf zurückzuführen, daß der Musikerverband auf der Annahme einer Bedingung beharrte, die einer Arbeitgeberorganisation nicht zugemutet werden kann. Der Musikerverband verlangte nämlich, daß er als allein berechtigte Vertretung der deutschen Musiker anerkannt, jede andere Organisation von Tarifverhandlungen ausgeschlossen und sodann der bereits abgeschlossene Tarifvertrag mit dem Reichstheater Deutscher Berufs-Musiker gebrochen würde. Ferner hat der Musikerverband in den Verträgen, die er im Gewerkschaftskampf den einzelnen Bühnen aufzukriechen versuchte, sogar die vom Reichsgericht als geltend erklärte Klausel eingefügt, daß die Mitglieder des Bühnenschauspieler nur mit Mitgliedern des Musiker-Verbandes Anstellungsverträge abschließen dürfen. Da die Forderung der ausschließlichen Anerkennung des Musiker-Verbandes unter Ausschaltung aller anderen Organisationen mit der Reichsverfassung und nach dem Standpunkt des Reichsgerichts auch mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch unvereinbar ist, konnte sie der Bühnenschauspieler nicht bewilligen. Alle anderen Streitpunkte sind weniger wichtig. Ist die erwähnte grundsätzliche Frage entschieden, so besteht Aussicht, irgendwie zu einer Verständigung zu gelangen.

Badischer Teil

Der Hagenadischprozess

Das Plädoyer des Staatsanwalts

DZ. Karlsruhe, 24. März.

In seinem weiteren Plädoyer führte der Staatsanwalt aus: **Abels** habe sich ferner der Untreue schuldig gemacht, indem er **Honnert** zum Schaden der Siedlungsbank einen ungerechtfertigten Preisnachlass von 40 Mark per Festmeter geliefert habe. Auch bleibt der Angeklagte dabei, daß **Abel**, der während der ganzen Untersuchung eine Lüge nach der anderen aufgetischt habe, seinerzeit den Zeugen **Batsch** zu falschen Aussagen verleiten wollte. Für seine Handlungsweise sei eine exemplarische Strafe am Platze.

Nach einer kurzen Pause beschäftigt sich der Staatsanwalt mit dem Angeklagten **Orieger**, der als Proturist einer Bank von **Honnert** und anderen Firmen bewußt Schmiergelder angenommen, ja sich nicht scheut habe, mit einem Mann wie **Santschi** zusammen zu sitzen, über den die denkbar schlechteste Auskunft vorlag. Bei dem Jementgeschäft sei für ihn nicht das Interesse der Siedlungsbank, sondern das Provisionsversprechen des **Santschi** ausschlaggebend gewesen. Staatsanwalt **Dr. Geisler** beantragt gegen **Orieger** mindestens 1 Jahr Gefängnis wegen Bestechung und 3 Monate wegen Untreue.

In dem Angeklagten **Württemberg**, der sich zwar seines Amtes als Kommandeur des Hagenadisch wohl bewußt gewesen sei, sieht der Staatsanwalt ein willensloses Werkzeug in den Händen **Honnerts**. Seine Darstellung sei mit Vorbehalt aufzunehmen. Die Anklage wegen zuviel bezahlter Löhne u. a. läßt **Geisler** fallen, nicht aber jene wegen Bestechung durch **Honnert**.

Der Staatsanwalt fährt fort, gegen den Angeklagten **Detert** sprächen die Taten und Urkunden, nicht nur der Schein, wie er es immer hinzustellen versuche. Er habe seine Tätigkeit beim Reichsüberwachungsamt dazu benützt, **Honnert** zu Ungunsten anderer Kontrahenten vorzuschleichen. Daß auch das Reichsüberwachungsamt ein Geschäftsbetrieb im Sinne des Gesetzes war, sei unbestritten. Neben **Untreue** wird **Detert** Bestechung vorgeworfen. Die Zumeilung von 64 Flaschen Wein durch **Honnert** in einem Zeitraum von 83 Tagen könne man nur als Schmiergeschäft auffassen. Des unlauteren Wettbewerbs habe sich **Detert** auf dem Wege über die Baugesellschaft schuldig gemacht. Es sei ihm genau bekannt gewesen, was mit der Baugesellschaft spielte, und er habe sich von seiner Beteiligung goldene Wege versprochen. Der Antrag des Staatsanwalts geht auf eine mehrmonatige Gefängnisstrafe angelehnt der großen Vertrauensstellung, die **Detert** bei der Siedlungsbank innehatte.

Nach 1.15 Uhr tritt Mittagspause ein.

In der Nachmittagsdiskussion illustriert der Staatsanwalt mit großer Schärfe die Rolle des Angeklagten **Honnert**. Dieser habe genau die Verhältnisse bei der Siedlungsbank gekannt. **Abel**, **Orieger** und **Württemberg** seien von ihm bestochen worden und in seine Abhängigkeit gebracht worden. **Honnert** habe schamlos und gewissenlos gehandelt. Er habe um den nahen Zusammenbruch der Bank gewußt und sich deshalb Vorauszahlungen geben lassen. Der Staatsanwalt stellt sich weiter auf den Standpunkt, daß **Honnert** kein Unternehmer war, wohl aber unerlaubten Handel trieb. Auch hält er im wesentlichen die Anklage wegen Preistreibererei aufrecht. **Honnert** habe jede Gelegenheit benützt, um die Siedlungsbank übers Ohr zu schlagen. Er sei schuld an ihrem Untergang und verdiene eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren.

Der Staatsanwalt wendet sich nun der Anklage gegen **Mager** zu. Er sehe sich hier in die unangenehme Lage versetzt, einem Abgeordneten nicht nur grobliche Verlesung seiner Pflicht vorwerfen zu müssen, sondern auch den Nachweis für dessen Unschuld zu führen. Der Angeklagte vertritt den Standpunkt, daß **Mager** den Landtagsbericht seinem Freunde **Honnert** geschickt habe. Er dürfe das nicht, selbst wenn man annehmen wollte, daß der Bericht nicht betrügerisch war. Gegen **Mager** sei eine Gefängnisstrafe von Wochen am Platze.

Aus dem Plädoyer des Staatsanwalts ist zusammenfassend festzustellen, daß er beantragte: Gegen **Honnert** eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren, gegen **Abel** eine solche von mindestens 2-3 Jahren, gegen **Orieger** ein Jahr drei Monate, gegen **Detert** eine Gefängnisstrafe von mehreren Monaten und gegen **Mager** eine solche von mehreren Wochen. Bei **Württemberg** ließ der Staatsanwalt die Anklage fast durchweg fallen und hielt sie nur in einem Falle aufrecht, der **Württemberg** beschuldigt, sich von **Honnert** pro Festmeter Holz 5 Mark haben verschreiben zu lassen.

Von der Verteidigung

nimmt zunächst Rechtsanwalt **Dr. Richard Haas** das Wort. Er erinnert an die politisch erregten Jahre 1919/20, wo dem Drängen der Massen nachgegeben und schnell gehandelt werden mußte. Dies sei auch beim Hagenadisch der Fall gewesen. **Dr. Haas** beklagt, daß man sich in der Voruntersuchung zu sehr auf das **Madische** Gutachten gelehrt und infolgedessen geteilt habe. Der Ausbau des **Starkischen** Segelwerks lasse den „**Madischen**“ **Honnert** in einem wesentlichen günstigeren Lichte erscheinen. Der Anwalt plädiert sodann in längeren Ausführungen für die Freisprechung seines Klienten **Abel**, da von der Staatsanwaltschaft in keinem Falle der Nachweis für die behaupteten Beschuldigungen erbracht worden sei. Er kommt zu dem Schluß, daß nicht die Beweislosigkeit der Angeklagten das Unternehmen ruiniert habe, sondern daß ein im Werden begriffenes Kulturwerk durch die Liquidation zerstört worden sei.

Schluß 7.45 Uhr.

DZ. Karlsruhe, 25. März.

Au heutigen 17. Verhandlungstag macht der Verteidiger **Oriegers**, Rechtsanwalt **Biegler** dem Siedlungsunternehmen den Vorwurf leistungsfähiger Gestaltung und Durchführung. Er hätte erwartet, daß man die „verantwortlichen Redakteure“ in irgendeiner Form zur Verantwortung ziehe, vielleicht vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Befehle seien wohl gemacht worden, aber er, **Orieger**, habe keine strafbaren Handlungen dafür begangen. Auch könne dem Angeklagten der Jementverkauf an **Santschi** nicht zur Last gelegt werden, da es sich lediglich um einen Versuch gehandelt habe, die bereits minderwertige Ware abzusetzen. Sein Antrag gehe auf Freisprechung.

Rechtsanwalt **Dr. Wanner** verteidigt den Angeklagten **Württemberg**, gegen den die Beweisaufnahme nicht das Geringste erbracht habe. Der Anwalt erhebt sich hierauf in allgemeinen Bemerkungen. Die Redizente des Regierungsrats **Dr. Kampffmeyer** um die Kartenspieltendenz seien nicht aus der Welt zu schaffen. Man hätte dem begeisterten Redizisten im Hagenadisch den geschäftsmässigen Kritiker zur Seite stellen

sollen. Man könne den Gang der Dinge nur im Zusammenhang mit der politischen Luft unmittelbar nach dem Kriege betrachten, wo aufs eifrigste der Siedlungs- und Sozialversicherungsgebäude propagiert worden sei. Der Zusammenbruch der Siedlungsbank habe für viele eine furchtbare Enttäuschung bedeutet. Den Anstoß hätten die alten Feinde des neuen sozialen Gedankens, die Segelwerksbesitzer usw., gegeben. Auch der Bauernbevölkerung in Göttingen, der „Erfinderin des Privatigentums“, hätten die Pläne der Karlsruhe „Sozialversicherung“ nicht gefallen. Es sei darum nicht zu verwundern, daß **Württemberg** alle möglichen Schwierigkeiten bereitet worden seien. Was **W.**, der mit einer Schreibmaschine nach dem Hagenadisch geschäftlich worden sei, um Holz zu bauen, erzählt habe, sei mehr als ein Roman, wie der Staatsanwalt gemeint habe; es sei eine tragische Grotteske gewesen. Jede Autorität habe gefehlt. Dem Angeklagten **W.** aber sei Unmögliches zugemutet worden. Der Verteidiger wendet sich zum Schluß gegen die ungewöhnliche Schärfe, mit der der Staatsanwalt die Männer auf der Anklagebank apostrophiert habe. Es sei falsch, von einem Hörigkeitsverhältnis zu **Honnert** zu sprechen.

Rechtsanwalt **Steines** schließt sich dieser Stellungnahme an. Er finde in der Rede des Staatsanwalts eine Reihe positiver Umrichtigkeiten. Der Vorlesende habe zu hochbildlicher Unparteilichkeit Aufforderung zu schaffen versucht. Für seinen Klienten **Detert** fordere der Anwalt Freisprechung. Weder als Beamter des Reichsüberwachungsamts noch als Teilhaber der Baugesellschaft sei ihm ein Verschulden nachzuweisen worden.

Der Verteidiger **Honnerts** und **Abels**, Rechtsanwalt **Albrecht**, rechtfertigt den hartnäckigen Kampf gegen den Sachverständigen **Mager** und gibt dem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Staatsanwalt den Zeugen **Geisler** nicht auf der Stelle wegen Meineids gefast habe. Inmitten der Verhandlung habe **Geisler** die Mittel nicht man an eine große Sache herangegangen. Noch ehe der Landtag gesprochen hatte, hatte der damalige Finanzminister **Dr. Wirth** die Erlaubnis zur Abholung gegeben, und es sei abgeholt worden, „was das Zeug hält“. Der Landtag sollte vor eine vollendetete Tatsache gestellt werden. Im nun die öffentliche Aufmerksamkeit von den für die Justiz wichtige Verantwortlichkeiten abzulenken, habe **Honnert** herhalten müssen. Rechtsanwalt **Albrecht** ist der Auffassung, daß die Verhandlung nicht die volle Wahrheit und Klarheit gebracht habe. Ein Mann von der Qualifikation **Honnerts**, der große Aufträge zu meistern in der Lage sei und solche auch zur Zufriedenheit bereits ausführte, habe es nicht notwendig, zu schmeicheln. Das tue nur der Pfuscher. Die Kritik an dem Staatsanwaltschaftlichen Vorgehen löst im Publikum verschiedene Male Heiterkeit aus, so daß der Vorsitzende mit der Nennung des Saales droht. Das Schicksal der Siedlungs- und Landbank liege darin, daß im Sturm der Steuereinnahme gefehlt habe, der das Schiff mit kräftiger Hand herumwarf. **Honnert** wäre aber der Mann gewesen, der die Situation hätte retten können, ohne daß es zur Liquidation kommen mußte. Rechtsanwalt **Albrecht** geht dann die einzelnen Anklagepunkte gegen **Honnert** durch. Es liege abolut kein Material vor, auf Grund dessen der Vorwurf des Schmierens erhoben werden könne. Er habe gegeben, weil er dazu in der Lage war; ihm etwas Schmutziges zu unterstellen, wäre ein Unrecht.

Am 12 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Fortsetzung 14 Uhr.

Die Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 in Baden

Unter diesem Titel erscheint in diesen Tagen im Kommissionsverlag der **Radikalen Druckerei K.-G.** in Karlsruhe eine im Badischen Statistischen Landesamt bearbeitete Broschüre, die in Tabellenform, textlicher Darstellung und einer Karte ein erschöpfendes Bild der Ergebnisse der Reichstagswahlen zum Reichstag gibt. Das Werk ist im Buchhandel oder von dem genannten Verlag zum Preis von 3 Mark zu beziehen.

Die badischen Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen

Ein Verzeichnis der in Baden bestehenden Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen nebst den Mitgliederzahlen nach dem Stande vom 1. Januar 1925 ist soeben vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegeben worden. Der Verkaufspreis des Verzeichnisses, das vom Statistischen Landesamt zu beziehen ist beträgt 1 Mark.

Die Eisenbahn-Zeitkarten

Von der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird mitgeteilt: Zur Bekämpfung der mißbräuchlichen Benützung von Zeitkarten durch gewalttätiges Öffnen der Verschlußbrücke des Lichtbildrahmens und Austausch des Lichtbildes wurden die Verschlußbrücken bisher aus sogenanntem Spitzmetall hergestellt, das zerbricht, sobald ein gewaltsames Öffnen der Verschlußbrücke versucht wird. Es hat sich aber im Laufe der Zeit herausgestellt, daß unter den ausgegebenen Verschlußbrücken, die als Massenfabrikat hergestellt werden, sich vielfach Stücke mit zu geringer Widerstandsfähigkeit befinden. Zur Bekämpfung dieses Mißstandes hat die Reichsbahn-Gesellschaft neue Verschlußbrücken aus härterem Metall herstellen lassen. Der unentgeltliche Umtausch alter Brücken gegen neue kann bei der nächsten Kartenlösung beantragt werden. Alte Verschlußbrücken, die sich bisher als haltbar und dauerhaft erwiesen haben, sollen aus wirtschaftlichen Gründen nicht umgetauscht werden, solange sich mit ihnen ein sicherer Verschluß herstellen läßt. Die neuen Verschlußbrücken werden zum Umtausch nur an Zeitkartenhaber gegen Vorlage des in Gebrauch befindlichen Lichtbildrahmens und gegen Rückgabe der alten Brücke, die auch beschädigt sein kann, an den Fahrkartenschaltern abgegeben. Bei dieser Gelegenheit wird wiederholt darauf hingewiesen, daß es im eigenen Interesse des Reisenden liegt, sich vor Antritt der Fahrt zu vergewissern, daß Karte und Lichtbild richtig verschlossen sind, da bei ungenügendem Verschluß der Zeitkartenhaber als Reisender ohne gültige Fahrkarte nach § 16 der Eisenbahn-Verkehrsordnung behandelt wird. Das gleiche gilt beim Freihen der Unterschift auf dem Lichtbild. Die für das Lichtbild vorgeschriebenen Maße (70 Millimeter hoch und 46 Millimeter breit) müssen unbedingt eingehalten werden, da sich sonst ein sicherer Verschluß nicht herstellen läßt. Der Kopf auf dem Lichtbild muß deutliche Gesichtszüge aufweisen und eine Größe von mindestens 1 Zentimeter haben.

Betrug mit wertlosen Aktien

In den Jahren 1924 und 1925 wurde in Stuttgart und Freiburg von einem Betrüger, der sich als Bankbeamter ausgab, eine wertlose Aktie der Firma **Emil Ost - K.G.** - Karlsruhe bei Einfäulen in Zahlung gegeben. Da angenommen wird, daß der Betrüger auch anderorts aufzutreten wird, oder schon aufgetreten ist, wird hiermit vor ihm gewarnt. Etwaige Mitteilungen über ein weiteres Auftreten werden an das Landeskriminalamt in Karlsruhe erbeten.

Gemeinde-Rundschau

Kindereholungsfürsorge der Allg. Ortskrankenkasse Wolsach.

Die Allg. Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Wolsach hat im Jahre 1925 6000 M. in den Voranschlag zum Zwecke der Entsendung unterernährter, erholungsbedürftiger Kinder in Erholungs- und Genesungsheime eingestellt. Es sollen 70 Kinder wie folgt untergebracht werden: 40 Kinder in der Kinderheilstätte Heuberg bei Stetten a. L., 20 Kinder in dem Erholungsheim der Krankenkasse Waldshut in Rabenfels, 10 Kinder in dem Kinderkolonien des Bad. Frauenvereins in Bad Dürckheim. Um auch solchen Kindern eine Kur zu ermöglichen, deren Väter nicht Kassenmitglieder sind, hat sich die Kasse an die Verwaltung der im Bezirk gelegenen 5 Städte mit der Bitte gewandt, aus Gemeindefondmitteln einen kleinen Betrag für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Auf diesem Wege kamen weitere 3200 M. zusammen, so daß dadurch nochmals 40 weiteren Kindern eine Kur zuteil werden wird. Insgesamt hat die Kasse nun die Möglichkeit 110 Kinder im Sommer 1925 zur Erholung wegzuführen. Dies ist für unsern fast überwiegend ländlichen Bezirk sicherlich eine schöne soziale Tat. Die Plätze für diese Kinder sind bereits gesichert. Im allgemeinen dauert der Aufenthalt 40-42 Tage. Die Auswahl der Kinder erfolgt durch den Vorstand (und zwar auf Grund einer bei dem Schulvorstand angeforderten Vorschlagsliste) im Benehmen mit der Ärzteschaft.

Nach einem Bericht in der „Karlsruher Zeitung“ vom 20. September 1924 sind die Kurverfolge gerade auf dem Heuberg als sehr gute zu verzeichnen. Stadtschulrat **Dr. Stephan-Rannheim** schreibt wörtlich: „Immer wieder, wenn man eine zurückgekehrte Kinderschar sieht, ist man überrascht von dem frischen, kindlicheren Wesen der Kinder, man kann es fast nicht glauben, daß es dieselben Kinder sind, die vor 6 Wochen in trübseligster Verfassung die Stadt verlassen haben. Die Eltern können nicht genug die günstige erzieherische Beeinflussung loben. Die Wirkung auf Krankheitszustände wie: Katarrhe, Tuberkulose oder Strophulose Erscheinungen, Asthma, Blutarmerut ist offensichtlich.“

Wenn man solche Urteile über die Kindereholungsfürsorge von berufener Seite hört, so steht bestimmt fest, daß durch derartige Einrichtungen viele Krankheiten schon im Keime erstickt werden, die später viel Kosten verursachen würden. Demnach trägt das aufgewendete Geld reichlich Zinsen, denn nur, wenn wir bei unsern Kindern anfangen, kann ein wirklich gesundes freies Menschengeschlecht entstehen, das wir zum Wiederaufbau unserer ganzen Wirtschaft so dringend benötigen.

Aus der Landeshauptstadt

Ellen Wiesel, die Münchener Pianistin, deren für 5. März angelegter Klavierabend infolge Ablebens des Reichspräsidenten verschoben werden mußte, wird nunmehr kommenden Freitag, den 27. März abends 8 Uhr im Eintratsklub konzertieren. Die Künstlerin spielt eine Sonate von Beethoven (Op. 81 Nr. 1), mehrere Klavierstücke von Liszt zum Schluß gemeinschaftlich mit ihrem Lehrer: **Prof. August Schmid-Knabner** die Variationen und Fuge über ein Thema von Mozart op. 132a von Reger, für zwei Klaviere. Der Vorverkauf wurde von der Konzertdirektion **Kurt Reuffeldt** übernommen.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D.M. Mannheim, 16. März. Das ausschließlich geltende **Lehnabkommen** in der Metallindustrie ist von Arbeitnehmerseite zum 4. April gekündigt worden.

Hintergarten, 24. März. Die überaus günstigen Schneeverhältnisse des Hochschwarzwaldes machen es der Ortsgruppe **Hintergarten** des S. G. S. nun doch möglich, ihre längst geplanten Wettläufe am kommenden Samstag und Sonntag im Hintergarten abzuhalten. Am Samstag nachmittags 3.30 Uhr geht der Dreierlauf vom Start, bei welchem der **Handerpost** wiederum ausgetragen wird. Die Ortsgruppe **Freiburg** wird diesmal den **Handerpost** zu verteidigen haben. Am Sonntag vormittags 10 Uhr Ranglauf und nachmittags 3 Uhr ist der große Sprunglauf an der von der **Badischen Baugesellschaft A.-G. Freiburg** mit der Ortsgruppe **Hintergarten** zusammen erbauten neuen **Aberschanze**. Die Wettläufe dürften in ansehlicher Weise den hervorragenden Kräften ein sportliches Ereignis werden. Bei günstiger Witterung wird die ganze Veranstaltung voraussichtlich im Filme festgehalten. — Ertrag aus **Mannheim** in Aussicht.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. März	24. März
Amsterdam 100 G.	167.27	167.89
Kopenhagen 100 Kr.	76.42	76.60
Italien . . . 100 L.	17.08	17.12
London . . . 1 Pf.	20.075	20.125
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.74	21.80
Schweiz . . . 100 Fr.	80.89	81.09
Wien 100 Schilling	59.12	59.26
Prag . . . 100 Kr.	12.74	12.78

Zuteilung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Bezirksarztsstelle Bruchsal.

Die Bezirksarztsstelle in Bruchsal ist auf 1. April 1925 zu besetzen. Bewerbungen sind binnen acht Tagen einzureichen. **Karlsruhe**, den 18. März 1925. Der Minister des Innern **Reumelle**

Geschäftliches

Die Firma **L. H. Wilhelm**, Damenhüte, Kaiserstraße 206, lenkt in dem nahezu fünfzigjährigen Bestehen des Hauses ihre Hauptaufmerksamkeit darauf, die Beamten aller Klassen als Stammkundenschaft zu erhalten. Anerkannt durch Qualität und Ausführung zählt die Firma eine große Zahl von Damen badischer Beamter zu ihren treuen und angenehmsten Kunden. Heute erbielt sich das Haus **Wilhelm** allen Beamten neben billigt gestellten Preisen Teilzahlungen in zwei Raten, einzuräumen, damit jeder Dame in momentan schwerer Zeit auch Gelegenheit gegeben ist, den üblichen Frühjahrs- und Sommerhut einzulassen.

KARL LANG Kaiserstr. 167 I. Telefon 1073 (Salamander-Schuhhaus)

Günstige Bedingungen

ermöglichen den Kauf eines erstklassigen Pianos oder Harmoniums

Staatslotterie
Die Ziehung der 1. Klasse der
25/251. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie
findet am
17. und 18. April 1925
statt. Da sich schon jetzt ein erheblicher
Losmangel fühlbar macht, bitte ich meine
verehrte Kundschaft, sich möglichst frühzeit-
lich ein Los zu sichern
In den fünf Klassen werden insgesamt
195 000 Gewinne, zusammen über
33 Millionen Reichsmark
gezogen. Höchstgewinne:
2 000 000 Reichsmark
1 000 000 Reichsmark
500 000 Reichsmark
300 000 Reichsmark usw.

Lose zum Preise von	
$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$
24.—	12.—
$\frac{1}{8}$	$\frac{1}{4}$
6.—	3.—
$\frac{1}{16}$	$\frac{1}{8}$
3.—	R.-M.

sind noch zu haben bei
Zwerg vorm. Götz
bad. Lotterie-Einnehmer
Hebelstr. 11 — Karlsruhe — Waldstr. 38
Telephon 4828, Postscheckkonto 17808

Eugen von Steffelin
Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261
Möbeltransport
Lager :: Spedition

Möbel
kaufen Sie in bester Qualität zu billigsten Preisen im
Möbelhaus Ernst Gooss
Kreuzstr. 26. Lagebesichtigung ohne Kaufzwang. G.99

51 Kronenstrasse 51
Kofferhaus Lämmle
Aktenmappen, Schulranzen,
Damentaschen, Coupékoffer,
Berufstaschen, Reisekoffer.
G.188) Beste Fabrikate.

Die
Auskunftei W. Schimmelpfeng
bringt hiermit zur Kenntnis, daß sie nicht mehr durch
Herrn Bücherrevisor F. W. Wörner in Karlsruhe,
Amalienstraße 83, vertreten wird, sondern daß nun-
mehr ein Zweigbüro in
Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 26
(Fernspr. Nummer 3160)
Vorstand i. V.: **Otto Bayer**
eröffnet ist. G.210

Ziehung 1. Klasse 17. u. 18. April 1925
Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie
550000 Lose, 195000 Gewinne, 2 Prämien
:: in 5 Klassen im Gesamtbetrag von ::
33 068 600 Mk.

2000000 Mk.
1000000 Mk.
500000 Mk.
300000 Mk.
200000 Mk.
100000 Mk. usw.

Lose zu 3.— 6.— 12.— 24.— Mark
für $\frac{1}{8}$ $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ Los pro Klasse
oder 15.—, 30.—, 60.—, 120.— für alle 5 Klassen 240.— Mk.
Badischer Lotterie-Einnehmer
Bernhard Goldfarb
Karlsruhe, Kaiserstraße 131
:: Ecke Herrenstraße, im Laden des ::
Herren-Mode-Magazins **Josef Goldfarb**
Postscheckkonto Karlsruhe 17705

Im Neuanfertigen und Um-
arbeiten von
Steppdecken u. Daunendecken
empfiehlt sich
Paula Schneider
Adlerstr. 5 Karlsruhe

Strickkleider
Beize, Kostüme etc. in
sol. und kunstgewerblicher
Ausführung nach Maß
sach u. billig. Eig. Mod.
S. Karrer We. Haupt-
geschäftstr. 23, III. Stod.

Häusliche, schriftliche
Arbeiten
an nur tücht. Personen bei
hohem Verdienst zu vergeben.

Triumph-Verband
Dresden-A. 1 Bentstr. 8

Wäsche
wird zum Waschen u. Bügeln
bei sorgfält. Behandl. angen.
Frau Brannschweiger
Röhlingerstr. 82, II. Stod.

Aufpolstern
von Matratzen und
Divans zc. sowie Neuan-
fertigung besorgt recht u.
billig G.100

Albert Ernst, Tapezier
Grotzstr. 21

Stabiles Herrenrad
für großen Herrn passend,
sehr billig zu oerl. In-
fantier-Anhalt Kreuzstr. 22
(Laden). G.205

DISCONTO-GESELLSCHAFT
BERLIN

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1924 ist er-
schienen und kann durch unser Archiv und unsere
Niederlassungen auf mündliche oder schriftliche
:: Anforderung kostenlos bezogen werden ::

Zahlreiche Zweigniederlassungen in Deutschland
Bankmäßige Geschäfte aller Art

HERVORRAGEND
SIND FORM UND GÜTE DER
BAUBUND
MÖBEL
AM RONDELLPLATZ
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDRICH-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 23
MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLUGEL
PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15
FRIEDBURG-METZGERAU 6
OFFENBURG-STEINSTR. 2
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Bekanntmachung
über den Aufruf und die Einziehung der Badischen
Banknoten, deren Ausfertigungsdatum
vor dem 11. Oktober 1924 liegt.

Auf Grund der §§ 4 Abs. 2 und 12 des Privat-
notenbankgesetzes vom 30. August 1924, Reichsgesetz-
blatt Teil II, Seite 246, rufen wir alle Badischen
Banknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem
11. Oktober 1924 liegt, hiermit zur Einziehung auf.
Mit dem Ablauf des 1. Juli 1925 verlieren die
aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als Zahlungsmittel.
Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum
31. Juli 1925 bei den Kassen der Badischen Bank in
Zahlung geben, oder gegen auf Reichsmark lautende
Noten der Badischen Bank, oder gegen Reichsbank-
noten in dem in § 4 Absatz 2 des Privatnotenbank-
gesetzes festgesetzten Verhältnis, wonach eine Reichs-
mark einer Million Mark bisheriger Ausgabe gleichzu-
setzen ist, umtauschen. Nach dem 31. Juli 1925 wer-
den die aufgerufenen Noten kraftlos und erlischt da-
mit auch die Einlösungspflicht der Badischen Bank.
Noten in Wertschnitten unter 10 Milliarden Mark
sollen nur in Gebinden und in einem durch 10 Mil-
liarden teilbaren Betrag eingereicht werden. Die Ge-
binde sollen nach dem im Geldverkehr üblichen Ge-
bräuchen formiert und gepackt sein.
Kannheim, den 21. März 1925.
Der Vorstand der Badischen Bank
Weg v. d. Stern Neuhäuser.

A.192. Trübsberg. In dem
Konkursverfahren über das
Vermögen der Firma Jo-
sef Grieshaber hier ist in
Folge eines von der Ge-
meinschaftlichen gemachten
Vorschlags zu einem
Zwangsvergleiche Rec-
gleichstermin sowie zur
Prüfung der nachträglich
angemeldeten Forderun-
gen Termin anberaumt
auf
Freitag, den 17. April,
vormittags 9 Uhr, vor dem
Amtsgericht hier.
Der Vergleichsvorschlag
und die Erklärung des
Gläubigerausschusses sind
auf der Gerichtsschreiberei
des Konkursgerichts zur

Bad. landw. Berufsgenossenschaft.
In der Genossenschaftsversammlung vom 7. März
1925 wurden auf die Dauer von 4 Jahren zu Mit-
gliedern des Vorstandes der badischen landwirtschaft-
lichen Berufsgenossenschaft gewählt die Herren:
Abürgermeister Max Friedrich Döbeling in Spöck,
Freier Albert von Stöckingen in Steiglingen,
Landwirt Fritz Mayer 2 in Grohsachsen,
Forstmeister Otto Haber in Karlsruhe.
Als Stellvertreter die Herren:
Bürgermeister Peter Frank in Neuenbürg,
Ratschreiber Hieronymus Schirmmeister in Siplin-
gen,
Landwirt und Bezirksrat Wilhelm Stahl in Reiben-
stadt,
Forstmeister Erwin Bayer in Bernsbach,
Bürgermeister Franz Bühler in Rankholzen.
Dies wird gemäß § 11 Absatz 4 der Satzungen der
badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zur
öffentlichen Kenntnis gebracht.
Der Vorsitzende des Vorstandes:
K a m m.

Bestrafung wegen Einkommensteuer- und
Betriebsabgabehinterziehung.
Der Maschinmader Eugen Kunz in Karlsruhe, Mini-
heimerstr. 15, 3. St. in Baden-Baden, Langestr. 47, ist
wegen vollendeter Einkommensteuer- und Betriebsabgabe-
hinterziehung am 10. 12. 24 vom Finanzamt und auf seine
eingelegte Beschwerde am 23. 2. 25 vom Landesfinanz-
amt Karlsruhe mit einer Geldstrafe von 520 M. 20
hundertundzwanzig Reichsmark bestraft worden.
Karlsruhe, am 17. März 1925.
Das Finanzamt Karlsruhe-Stadt. A.195

Bekanntmachung.
Bei der Stadt Billingen
ist eine Ratsschreiberei
zu besetzen. Gute Vorbil-
dung und Erfahrung auf
dem Gebiete des Verwal-
tungsdienstes oder im
Grundbuchwesen erforder-
liche Befähigung nach Grup-
pe VIII mit Aufzählungs-
möglichkeit nach Gruppe
IX; u. II, je nach beson-
derer Qualifikation und
Dienstalter auch gleich
Aufzählung nach Gr. IX.
Es wird nur auf beson-
ders tüchtige Kraft, die
bisher in genannten Zwei-
gen praktisch tätig war, re-
flektiert. Bewerbungen
sind bis zum 5. April ein-
zureichen an den G.198
Bürgermeister in Billingen

Stammholzverkauf
Die Gemeinde Gröb-
ingen Amt Karlsruhe (Ba-
den) verkauft:
43 Fichten I., II., III.,
IV., V. Klasse mit 77,88
Festmeter.
71 Fichten I., II., III.,
IV., V. Klasse mit 63,65
Festmeter.
209 Erlen III., IV., V.
Klasse mit 109,20 Festm.
49 Kappeln II., III.,
IV., V. Klasse mit 48,20
Festmeter.
8 Ulmen IV., V. Klasse
mit 2,93 Festmeter.
Angebote sind bis längs-
stens 31. März 1925 hier-
her einzureichen. G.199
Bürgermeisteramt:
G r ö b i n g e n

Badisches Landestheater
Donnerstag, den 26. März 1925
G. 19. 7h.-Sem. 5001-5000
Neuzustudiert:
Maurer und Schlosser
Römische Oper in 3 Akten
von F. Glümerreich
Musik von Huber
Musikal. Leitung: W. Schweppé
In Szene gef. von H. Busfard
Personen:
Leon Krentsch
Anna Peter
Roger Bartsch
Baptiste Handt
Henriette Zebisch
Johelbe Wenzel
Madame Bertrand Mosel
Lionel Tomshoff
Ußbeck Dr. Wucherpfennig
Nicca Lander
Anfang 7 Ende nach 9/
Preise: Sperrsit I. Abt. 7.—